

Das aktuelle Interview von Charly Pichler mit Christoph Blocher

«Ich bekämpfe den Freiheitsverlust, nicht die EU»

Klare Haltung, klare Worte und jede Menge politische Kompetenz. Im Interview mit der «Schweizerzeit» spricht der ehemalige Bundesrat, Exportunternehmer und SVP-Übervater in Personalunion, Dr. Christoph Blocher, unmissverständlich aus, was nützt, um als kleines Land gegen den übermächtigen EU-Moloch zu bestehen und Freiheit, Selbständigkeit und Eigenbestimmung zu bewahren.



Herr Dr. Blocher, Sie gelten als einer der entschiedensten Verfechter einer politischen Doktrin, die das EU-Rahmenabkommen nahezu vollständig ablehnt. Welches sind die wichtigsten Hauptgründe Ihrer politisch indoktrinierten Verweigerungshaltung?

Ihre Frage ebnet vielen Missverständnissen den Weg. Darum folgende Korrektur: Ich lehne keineswegs sämtliche Abkommen mit der EU ab, wohl aber sind Verträge, die das Selbstbestimmungsrecht der Schweizer über ihr Staatsgebiet missachten, abzulehnen. Kein fremder Gesetzgeber – keine fremden Richter, wie die Schweiz dies seit mehr als 700 Jahren verteidigt, ist zu fordern. Es wäre der Untergang der Schweiz, wenn wir nicht mehr selbst die Zukunft bestimmen dürften. Aber nicht nur die Unabhängigkeit ginge verloren, sondern auch die direkte Demokratie, die Neutralität und

der Föderalismus. Solche Rechtsgüter sind wir nicht bereit aufzugeben, nur weil die Manager von Grossunternehmen der EU-Kommission gefallen möchten.

Wie argumentiert die Gegenpartei in Person der wohl zahlreichen schweizerischen Befürworter?

Sie berufen sich auf das Bedürfnis von Offenheit, reden von «Integration in den EU-Binnenmarkt», von bilateralen Verträgen, etc. Konkret glauben sie, dieser Rahmenvertrag sei nötig, um die den EU-Markt zu beleben. Das Ganze wird überschätzt. Kommt dazu, dass ein solcher Rahmenvertrag in die EU führt, was viele – schon aus pekuniären Gründen – möchten. Wer dies gutheisst, weiss nicht, worauf er sich einlässt und negiert sträflich die zu erwartenden Konsequenzen.

Bedeutete ein EU-Anschluss in der Tat zwangsläufig auch den Gewinn von Rechtssicherheit, wie Ihre Gegner dies monieren?

Die grösste Rechtssicherheit garantiert die Diktatur, aber es ist die Sicherheit eines verwerflichen Rechtes. Auch bei einer EU-Anbindung gibt es Rechts-Sicherheit: Die Sicherheit für das Recht der Knechtschaft. Wir aber wollen Freiheit und nicht Sicherheit durch fremde Herrscher. «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren... und nicht in Knechtschaft leben», wie es Schiller den Schweizern in den Mund legt.

Aber kann es denn tatsächlich von Gutem für schweizerische Belange und Interessen sein, als Land im Herzen Europas bewusst abseits zu stehen, gleichwohl aber über merkantil-kommerzielle Zielsetzungen am EU-Markteschehen partizipieren zu wollen?

Wir stehen doch nicht abseits. Wo denn? Die Schweiz hat mit allen Ländern gute und freundschaftliche und enge wirtschaftliche Beziehungen, gerade mit den Europäern, wir haben zentrale Handelsabkommen. Nur eines wollen wir nicht: Unsere Entscheidungsfreiheit, unsere Souveränität und Selbstbestimmung versachern. Das sind keine Widersprüche. Das tun alle Länder der Welt. Was würden Sie sagen, wenn wir uns in den USA oder in China integrieren müssten, nur um einfach Geschäfte zu machen? Die einen glauben, nur Geschäfte machen zu können, wenn sie eingebunden sind. Die Schweizer machen Geschäfte, weil sie in

Freiheit und Selbständigkeit handeln und so innovativer sein können. Die Wirtschaftsdaten beweisen, dass die Schweizer dies können. Wirtschaftsverbände und internationale Grossunternehmen glauben, die Gleichmacherei führe zum Erfolg.

Sie selbst standen jedoch als multinationaler Export-Unternehmer mit Ihrer Ems-Chemie ja auch an vorderster Front beim Marktgeschehen innerhalb der EU-Grenzen. Wie passt da ein AUNS-geprägtes «Wir genügen uns selbst!» ins Bild und in die heutige Zeit?

AUNS heisst «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz». Unabhängigkeit und Neutralität sind doch keine Hindernisse für ein erfolgreiches schweizerisches internationales Exportunternehmen wie es EMS ist. Im Gegenteil: Unabhängigkeit und Neutralität sind die Voraussetzungen für ein schweizerisches Unternehmen. Ich kenne die Situation aus eigenem Erleben. Die Produkte unseres Unternehmens gingen zu über 90 Prozent in den Export und zu rund 50 Prozent davon in die EU. Dank den schweizerischen Rahmenbedingungen waren wir erfolgreich dank guter Produkte, aber die nationalen Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen sind Voraussetzung dafür. Die Selbstverantwortung ist nötig, um zu handeln, Fremdbestimmung ist Gift.

Sehen Sie im Bezug zur momentanen EU-Gesamtsituation gewisse Ähnlichkeiten oder Parallelen zum damaligen Geschehen um den EWR-Beitritt?

Absolut! Auch damals im 1992 bekittelten unsere eigenen grossen Wirtschaftsverbände unser EWR-Fernbleiben mit den fast gleichen Argumenten. Die Wirtschaft gehe unter, wenn sich die Schweiz nicht der EU unterwerfe, behaupteten sie. Die Schweiz unterwarf sich nicht. Die Wirtschaft ging nicht unter, sondern wurde erfolgreich. Wir EU-Gegner hofften damals, es käme gut heraus, wenn wir abseits stünden. Dass es aber so gut herauskam, daran glaubte keiner; auch ich nicht. Unsere EU-Verweigerung ist der richtige Schritt, wie auch die seinerzeitige EWR-Abstinenz sich als richtiger Schritt erwies. Wir stehen

«Das aktuelle Zitat»

«Wer einen Benziner oder Diesel fährt, kommt eines Tages in die Hölle, während auf die Nutzer von E-Autos ein Platz im Paradies wartet, auf dem sie kostenlos parken und ihre Batterien aufladen können, derweil ihnen die Engel Geschichten von Greta erzählen. Und so wie früher Ketzer, die nicht an ein Leben nach dem Tod glaubten, an den Pranger gestellt wurden, werden Unbelehrbare, die dem E-Hype nicht trauen, dafür verantwortlich gemacht, dass die Atemluft in den Städten immer schlechter wird.»

Henryk M. Broder, Autor und Kolumnist,
auf «Welt online», 6.4.2019



europaweit an der Spitze, ist das nicht Erfolg und Beweis genug und stützt es nicht eindrücklich unsere Thesen?

Ihren offiziellen Polit-Statements ist zu entnehmen, dass speziell die Unionsbürgerrichtlinien Ihre Kritik hervorrufen. Bitte erklären Sie Ihre Haltung zu diesem Kritikpunkt?

Die drohenden Unionsbürgerrichtlinien sind einer der Gründe. Warum? Das ist rasch aufgeklärt: Die Übernahme verpflichtet die Schweiz zu horrenden künftigen Zahlungen. Nur allein die Sozialleistungen an ausländische Bürger sprengen den Rahmen von Vernunft und wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Im Prinzip unterscheiden sich diese Richtlinien kein bisschen vom klammheimlich angestrebten EU-Grundkonzept, das lautet: Die EU gibt den Ton an und die Schweiz tanzt...! Und zahlt und zahlt und zahlt...

Und bei solchem Konzert erklingen für Sie die Dissonanzen gar zu lautstark und disharmonisch?

Nicht nur für mich! Jeder mitdenkende Bürger kann mit Blick auf die aktuellen EU-Entwicklungen selbst leicht abschätzen, was ihn im Beitrittsfall erwartet. Ich nenne ein einziges Beispiel von vielen: Wäre das nicht enden wollende britische «Brexite-Desaster» ohne EU-oktroierte Personenfreizügigkeit zustande gekommen? Nein!

Vielleicht noch ein Wort zur Sozialgesetzgebung: Plant die EU uns zu schröpfen, indem sie ein Stimmrechtsverfahren anstrebt, das Ausländern ermöglicht, hier ihre Stimme abzugeben, im Einzelfall stets auf ihren Vorteil bedacht und zu Lasten unseres Budgets?

Ich unterstelle der EU keine veritable «Schröpfversuche», wohl aber besteht bei dem Gebilde das Bemühen, ihren Bürgern ein Stimmrecht auch in der Schweiz für schweizerische



Das Büro Ha deckt auf!



Jeder dritte Rentner wandert aus und bezieht die AHV-Rente im Ausland. Nicht eingeschlossen sind jene, welche den Wohnsitz in der Schweiz behalten und «bei der Tochter oder Nichte wohnen». Weil sie sich die Auslandsdeckung der Krankenkasse schlicht nicht leisten können. Insider berichten, dass es sich um weitere 10–15 Prozent handeln könnte. Damit gehen also rund 40 Prozent der Rentner ins Ausland. Denn mit der Rente können sie hier kein anständiges Leben führen. Es gilt: Für uns immer weniger, für «die andern» immer mehr.

*

Beschaffungstau für den 12cm-Mörser. Die RUAG teilt mit, dass «aufgrund von technischen Problemen» die Einführung um Jahre verzögert werde. Der Skandal setzt sich fort. Das Waffensystem entspricht nicht dem Pflichtenheft und nicht den Anforderungen an ein System auf dem Gefechtsfeld. Die Eigenentwicklung auf dem Piranha-Chassis ist eine Fehlbeschaffung sondergleichen. Das ursprünglich geprüfte System aus Finnland wäre ab Stange zu haben und ist einsatzbereit. Nachtrag: Die 2008 entsorgten Panzerminenwerfer und die Festungsminenwerfer wären heute noch einsatztauglich. Das Piranha-Chassis ist nicht ausgelegt für ein 12cm-Geschütz.

*

Skandal-Urteil. Vor 10 Jahren kam es zu einem Einsatz der Sondereinheit ARGUS der Kantonspolizei mit Waffeneinsatz. 10 Jahre wurde der Polizeioffizier durch die Gerichte hingehalten und in seiner persönlichen, beruflichen, mentalen Entwicklung und Verfassung behindert. Es ging nicht um den Waffeneinsatz, sondern um die Frage, ob der Einsatz und Zugriff grundsätzlich gerechtfertigt gewesen sei. Nun ist er in einem Revisionsurteil in 4. Instanz schikanös verurteilt worden. Berufssoldaten, Polizisten und Grenzwächter «geniessen» rechtlich nur Nachteile. Sie gelten als Bürger 2. Klasse. Erneut hat sich gezeigt, dass es überlebenswichtig ist, die richtigen Richter zu wählen. In Absurdistan gibt es keine Rechtssicherheit mehr.

Tis Hagmann

Fortsetzung von Seite 15

Belange zuzuschauen, was diese wiederum mit Begeisterung wahrnehmen und uns über diese Schiene tatsächlich schröpfen und die Eigenständigkeit wegnehmen könnten.

Grosse Schweizer Wirtschaftsunternehmen wie Economie-suisse, Arbeitgeberverband, Swissmem etc. machen sich stark für die Unterzeichnung des Rahmenvertrags mit der EU. Was treibt die Verbände zu solch dezidiert artikulierter Haltung?

Die direkte Demokratie und die Handlungsfreiheit im Lande sind deren Zielsetzung a priori nicht. Ihnen

geht es um das momentane, einfache Geschäftlima-chen! Sie sehen den Markt, wägen ihre Chancen ab und steigen dort ein oder lehnen da ab, je nachdem, was ihren Intentionen eher dient. Dabei vergessen sie die Grundlagen des Geschäftes!

Klingt nicht gerade nach überbordendem Nationalismus oder gelebter Vaterlandsliebe?

Nein, klingt mehr nach übersteigert ungesundem Pragmatismus in Verfolgung explizit geschäftlicher und gewinnorientierter Interessen. Aber Hand aufs Herz: War von dieser Seite her viel mehr zu erwarten? Wohl kaum ...

Thematischer Kontrapunkt: Nationalräte der SP, CVP und FDP – Eric Nussbaumer, Kathy Riklin, Hans-Peter Portmann, Christa Markwalder – wollen Nachverhandlungen mit der EU nachgerade erzwingen. Nun soll nach Willen obgenannter «Aussenpolitiker» zuerst unterschrieben und dann erst unter der Ägide von Bundesrat Cassis nachverhandelt werden. Entsprechen solch macchiavellistisch anmutenden Winkelzüge tatsächlich gradlinigem schweizerischem Politikus?

Welcher Unsinn: Zuerst den Vertrag unterschreiben, um nachher über den Inhalt zu verhandeln? Da zäumt man das Pferd von hinten auf: Seit wann und bei welchem Vorgang einer Abmachung wird zuerst unterschrieben und dann erst der Themenstreitpunkt oder der Vertragspunkt festgesetzt? Das ist Idiotie pur. Die EU wird uns was husten, wenn wir in vorauseilendem Gehorsam nach bereits geleisteter Unterschrift neue Anpassungen einfordern wollten. Wir selber reagierten im umgekehrten Falle ja gewiss ebenso. Konklusion: Zuerst wird zu Ende verhandelt, dann erst unterschrieben.

In Bälde ändert sich in Brüssel die personelle Zusammensetzung. Die Positionen der EU-Führungsrige werden neu besetzt. Erwarteten Sie da im bereits heutigen Wissen um die Fähigkeiten der meisten EU-Protagonisten eine qualitative Aufstockung oder bleibt alles beim unschönen «Alten»?

Ich bin vorsichtig optimistisch. Wichtig ist nicht so sehr, wer auf der anderen Seite steht, sondern unsere eigene klare Haltung. Das würde verstanden! Von wem auch immer.

In Auslebung gezielter Provokationsintentionen fragen wir Sie, Herr Dr. Blocher: Halten Sie einen Politikskandal, wie er derzeit unser Nachbarland Österreich in den Grundfesten erschüttert, auch hierzulande für möglich?

Selbstverständlich könnte das auch anderswo passieren, wenn gleich sowas hier im Lande eher schwer vorstellbar ist. Das hat weniger mit unseren sogenannten besseren Überzeugungen zu tun, als vielmehr mit unserer Politstruktur. Diese lässt solches kaum zu. Die politischen Machtbefugnisse hierzulande sind anders positioniert als jene unserer österreichischen Nachbarparteien. Bei uns ist die Macht weniger zentralisiert. Doch im Grundsatz dürfte gelten: Wo es um viel Macht und noch mehr Geld geht, ist Missbrauch nie ganz auszuschliessen. Wachsamkeit ist des Bürgers erste Pflicht.

Wen sähen Sie am ehesten als Ihren Nachfolger auf der grossen politischen Bühne, die Sie fast schon seit Äonen sehr souverän beherrschen?

Nun ja, ich sehe mich nicht als der grosse «Zampano», der die politische Bühne dominiert, wohl aber als Schweizer Bürger, der sich nach besten Kräften für sein Land und dessen Wohlergehen einsetzt. Zu Ihrer Nachfolgerfrage: Wir leben in einer Demokratie, da gibt es keine politische Erbfolgeregelung, gottlob, einzig der Bürger entscheidet an der Wahlurne, wer den Thron besteigt oder verlässt (um es nach Ihren Worten zu artikulieren). Aber gute Leute stossen nach. In der EU-Problematik zum Beispiel Roger Köppel.

Was kann der im Besonderen?

Es zählt weniger, was er kann oder nicht kann, sondern wofür er einsteht und welche Charakteristika es sind, die ihn zur Umsetzung seiner Ziele auszeichnen und somit gleichzeitig für eine höhere Politplattform prädestinieren.

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Gendergerechte Pause

Die Lehrpersonen sitzen immer vereint im Lehrpersonenzimmer. Die Schulpersonen aber schätzen die Freiheit auf den Pausenplätzen.

Also, was zeichnet ihn aus, was stellt ihn ins Rampenlicht politischer Ehrung?

Roger Köppel hat politischen Sachverstand, steht stets offen und ehrlich zu seinen Überzeugungen, scheut keinen politischen Gegner und verunglimpft auch keinen. Er beweist in seiner politischen Agitation jenen Mut, ohne den es in der Politik einfach nicht geht. Fazit: Köppel ist ein guter Mann, ein gescheiter Mann. Ergo: der richtige Mann!

Nikolas Coudenhove-Calergi, Politiker und Philosoph, prägte den Aphorismus: «Die Triebfeder der Politik ist meist Eitelkeit, Ehrgeiz, Machtwille; nur selten Habsucht und noch seltener der uneigennützig Wille, einer Idee oder Menschengruppe zu dienen.» Ist das Ihrer Erfahrung zufolge gar zu harsch definiert oder stimmen Sie in Teilbereichen zu?

Leider hat er Recht. Also muss man nach den wenigen suchen, die den «uneigennützig Willen haben, einer Idee oder Menschengruppe zu dienen». Ich bin überzeugt, dass es aufrechte, ehrliche Politiker gibt, die sich für ihr Land und dessen Wohlergehen uneigennützig aufopfern und die darum unseren Respekt verdienen. Die Menschen sind so unterschiedlich wie es die Facetten der Politik ebenso sind. Was schlecht ist, wird auch wieder untergehen.

Herr Dr. Blocher, wir danken Ihnen für das Interview.

Die Fragen stellte Charly Pichler.